

Abgeordnete des Europäischen Parlamentes verteidigen Religionsfreiheit als Menschenrecht.

Ein Aufruf zum aktiven Handeln gegen die weltweite Verfolgung religiöser Minderheiten

Das Recht auf Religionsfreiheit gehört zu den universellen Menschenrechten. Es wurde im Jahr 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben und ist Teil vieler nationaler Verfassungen und internationaler Abkommen. Die im Jahr 2000 verabschiedete Charta der Grundrechte der Europäischen Union schützt die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit als besonderes Recht. Das schließt auch die Freiheit ein, seine Religion oder Weltanschauung öffentlich zu bekennen, zu wechseln oder keinerlei Religion anzugehören.

In den letzten Jahren hat die Verfolgung von Menschen wegen Ihrer Religionszugehörigkeit zugenommen. Dies wird besonders deutlich in den gewaltsamen Konflikten in Syrien und Irak, wo die Terroristen des sogenannten "Islamischen Staates" Jesiden, Christen, Schiiten und gemäßigte Sunniten vertreiben und ermorden. Andere aktuelle Beispiele sind die Übergriffe der salafistischen Miliz Boko Haram in Nigeria, die Diskriminierung von tibetischen Buddhisten und Uiguren muslimischen Glaubens in China und die immer wieder aufflammende Verfolgung von Angehörigen der orthodoxen koptischen Kirche in Ägypten. Insgesamt leben drei Viertel der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die freie Religionsausübung gefährdet ist. Besonders verletzlich sind religiöse Minderheiten, die staatlichen Repressionen oder sozialen Anfeindungen ausgesetzt sind.

Die Europäische Union hat sich in den letzten Jahren verstärkt für einen weltweiten Schutz der Religionsfreiheit eingesetzt. Im Juni 2013 haben die EU-Außenminister Leitlinien zur Religions- und Glaubensfreiheit verabschiedet, die besonderen Wert auf den Schutz vor religiöser Gewalt, religiösem Hass und Diskriminierung legen. Das Europäische Parlament engagiert sich seit vielen Jahren für einen stärkeren Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit.

Als Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, die sich ganz unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen verbunden fühlen, werden wir auf diesen Vorarbeiten aufbauen und auf der Grundlage dieser und anderer Entschlüsse weiter auf einen besseren weltweiten Schutz des Menschenrechtes auf Religionsfreiheit drängen. Das Recht auf Religionsfreiheit gilt für alle Religionen gleichermaßen. Jegliche Form der religiösen Verfolgung muss bekämpft werden. Eine freie Religionsausübung darf nicht als zweitrangiges, im Notfall verzichtbares Recht behandelt werden. Jeder Staat hat die Verantwortung, das Recht auf Religionsfreiheit für alle Menschen auf seinem Territorium zu garantieren.



Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglieder des Stephanuskreises unterstützen diesen Aufruf

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Vorsitzender des Stephanuskreises

Unterzeichnende (in alphabetischer Reihenfolge):

Katrin Albsteiger, MdB	Anette Hübinger, MdB
Thomas Bareiß, MdB	Hubert Hüppe, MdB
Maik Beermann, MdB	Dr. Franz Josef Jung, MdB
Veronika Bellmann, MdB	Volkmar Klein MdB
Sybille Benning, MdB	Wilfried Lorenz, MdB
Ute Bertram MdB	Dr. Claudia Lücking-Michel, MdB
Steffen Bilger, MdB	Karsten Möring, MdB
Peter Bleser MdB	Elisabeth Motschmann, MdB
Helmut Brandt MdB	Sylvia Pantel, MdB
Dr. Ralf Brauksiepe, MdB	Alexander Radwan MdB
Ralph Brinkhaus, MdB	Patrick Schnieder MdB
Cajus Caesar, MdB	Bernhard Schulte-Drüggelte, MdB
Gitta Connemann, MdB	Uwe Schummer, MdB
Michael Donth, MdB	Johannes Selle, MdB
Thomas Dörflinger, MdB	Johannes Singhammer, MdB
Marie-Luise Dött, MdB	Erika Steinbach, MdB
Hermann Färber, MdB	Albert Stegemann, MdB
Dr. Thomas Feist, MdB	Dr. Volker Ullrich, MdB
Axel E. Fischer, MdB	Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB
Dr. Maria Flachsbarth, MdB	Peter Weiß, MdB
Klaus Peter Flosbach, MdB	Nina Warken, MdB
Ursula Groden-Kranich, MdB	Sabine Weiss, MdB
Christian Haase, MdB	Kordula Kovac, MdB
Dr. Stephan Harbarth, MdB	Dr. Georg Nüßlein, MdB
Matthias Hauer, MdB	Karl Schiewerling, MdB
Christian Hirte, MdB	Michael Vietz, MdB
Frank Heinrich, MdB	Michael Brand, MdB
Rudolf Henke, MdB	Tobias Josef Zech, MdB
Margaret Horb, MdB	Gudrun Zollner, MdB